

Handschriftliches Schreiben Anni Tüllmanns für ihre Trauerfeier vom 12.4.1957. Archiv Alice Salomon Hochschule, Sammlung Peter Reinicke

Landsberg, H.: Die Bedeutung und Entwicklung der sozialen Krankenhausfürsorge. In: Mutter und Kind 5/1924, S. 17

Landsberg, H.: Der gegenwärtige Stand der sozialen Krankenhausfürsorge. In: Zeitschrift für das gesamte Krankenhauswesen (ZfgK) 4/1926, S. 99

Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit. Jahresbericht 1913/1914 und Programm 1914/15, S. 4-6

Reinicke, P.: Krankenhaus. Weinheim/Basel 1994

Reinicke, P.: Strauß, Elsa. In: Maier, H. (Hrsg.): Who is Who der Sozialen Arbeit. Freiburg 1998a, S. 581

Reinicke, P.: Soziale Krankenhausfürsorge in Deutschland. Opladen 1998b

Reinicke, P.: Ausbildung der Gesundheits- und Sozialfürsorgerinnen und Kirchlichen Fürsorger in der DDR und die Aufgaben der Krankenhausfürsorge. In: Reinicke, Peter (Hrsg.): Soziale Arbeit im Krankenhaus – Vergangenheit und Zukunft. Freiburg im Breisgau 2001, S. 23-30

Reinicke, P.: Die erste Krankenhausfürsorgerin in Deutschland – Lina Basch (1851-1920). In: Hering, S. (Hrsg.): Jüdische Wohlfahrt im Spiegel von Biographien. Frankfurt am Main 2006, S. 56-65

Soziale Krankenhausfürsorge in Groß-Berlin. Tätigkeitsbericht [...] Juni 1915, S. 26

Soziale Krankenhausfürsorge in Groß-Berlin: Tätigkeitsbericht [...] November 1917, S. 13,14,21 25

Stein, R.: Die Charité muss leben! In: Der Tagesspiegel vom 22.1.2010

Strauß, E.: Soziale Fürsorge in amerikanischen Krankenhäusern. In: Die Frau 3/1913, S. 156

Tüllmann, A.: Arbeitsbericht des Vereins Soziale Krankenhausfürsorge der Berliner Universitätskliniken für das Jahr 1932. In: Zeitschrift für das gesamte Krankenhauswesen (ZfgK) 12/1933, S. 256-258

Tüllmann, A.: Die Mitwirkung der Krankenhausfürsorgerin in der nationalsozialistischen Gesundheitsführung. In: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 9/1935, S. 616-617

Tüllmann, A.: Die Zusammenkunft der Berliner Krankenhausfürsorgerinnen am 20.2.1940, 1. Maschinenschriftliches Manuskript. Archiv Deutsche Vereinigung für den Sozialdienst im Krankenhaus, Mainz

UA der HUB Charité-Direktion 106 (Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin), Bl. 1, 10, 13, 25, 32, 33, 62-73, 88, 95 121, 122

UA der HUB Charité-Direktion 2646 (Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin), Bl. 11, 32, 53, 69, 118

UA der HUB Charité-Direktion 2647 (Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin), Bl. 134

► Allgemeines

Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“.

Das Berliner Bündnis für Demokratie und Toleranz sucht auch im Jahr seines zehnjährigen Jubiläums wieder nachahmenswerte zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Die Ausschreibung zielt auf Projekte aus dem gesamten Bundesgebiet, die sich gegen jegliche Formen von politischem Extremismus, antisemitischen Vorurteilen und rassistischen Ideologien wenden. Berücksichtigt werden unter anderem Maßnahmen zur Gewaltprävention und Stärkung der Zivilcourage, Initiativen gegen die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Orientierungen und Ansätze zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements der „Generation 50 plus“. Die Projekte sollten hauptsächlich von Ehrenamtlichen getragen werden. Wer teilnehmen möchte, findet das Anmeldeformular unter www.buendnis-toleranz.de/aktiv-2010. Einsendeschluss ist der 20.9.2010. *Quelle: Mitteilung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz vom 21.6.2010*

Weiterhin Rückgang der Vollzeitbeschäftigung. Laut einer Nachricht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg sinkt die Anzahl der Vollbeschäftigten weiter ab. Jedoch fiel im ersten Quartal 2010 der Rückgang mit 1,4 % (318 000) verglichen mit dem Vorjahresquartal deutlich geringer aus als in der zweiten Jahreshälfte 2009, in der gegenüber dem Vorjahr noch ein Minus von 1,7 % zu verzeichnen war. Zugleich sei im ersten Quartal 2010 die Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten mit 38,14 Stunden gegenüber dem Vorjahreszeitraum um zirka 8,6 Minuten angestiegen. Die Zahl der Kurzarbeitenden habe sich von 1,2 Millionen im dritten und 984 000 im vierten Quartal 2009 auf 933 000 vermindert. Bei der Teilzeitbeschäftigung konnte im ersten Quartal 2010 ein Zuwachs von 1,7 % beobachtet werden. Insgesamt sei erstmals seit Beginn der Wirtschaftskrise die durchschnittlich pro erwerbstätige Person geleistete Arbeitszeit wieder angestiegen. Die Tabelle des IAB steht im Internet unter <http://doku.iab.de/grauemap/2010/tab-az10q1.pdf>. *Quelle: Presseinformation des IAB vom 15.6.2010*

60 Jahre Internationaler Bund. 1949-2009. Das Jubiläumsjahr – eine Chronologie. Hrsg. Internationaler Bund. Selbstverlag. Frankfurt am Main 2010, 59 S., kostenlos *DZI-D-9021*

Mit bundesweit rund 700 Einrichtungen und mehr als 12 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist der Internationale Bund (IB) ein bedeutender Dienstleister in den Bereichen der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit. Zu seinen Institutionen gehören unter anderem Jugendzentren, Jugendmigrationsdienste, Wohnheime, Kindertagesstätten, Ersatzschulen und Sprachinstitute. Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums entstand diese Broschüre, in der jedes Jahr des Bestehens mit einer Kurzbeschreibung der wichtigsten Ereignisse und Aktivitäten vorgestellt wird. Da-

rüber hinaus finden sich Auszüge aus Festreden und ein chronologischer Überblick über Veranstaltungen des IB im Jahr 2009, wie zum Beispiel Ausstellungen, Projektmesen, Tage der offenen Tür in diversen Einrichtungen sowie Feste und interkulturelle Wochen. Bestellanschrift: Internationaler Bund, Valentin-Senger-Straße 5, 60389 Frankfurt am Main, Tel.: 069/945 45-0

Sechster Altenbericht der Bundesregierung. Am 2. Juni dieses Jahres nahm die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder den Altenbericht entgegen, der das Thema „Altersbilder in der Gesellschaft“ behandelt. Im Mittelpunkt der von einer 14-köpfigen Sachverständigenkommission angefertigten Studie stehen gängige Meinungen und Einstellungen über das Alter und deren Einflussnahme auf die soziale Partizipation älterer Menschen, auf die Wahrnehmung ihrer Potenziale und die Beziehungen zwischen den Generationen. Die Untersuchung widmet sich insbesondere der Frage nach dem historischen Wandel von Altersbildern und deren für die Zukunft zu erwartenden Veränderungen. Nach Auffassung der Familienministerin gehen Klischees und Vorurteile mit der Tendenz einher, das gesellschaftliche Engagement der älteren Generation zu übersehen. Der Bericht wird voraussichtlich zusammen mit einer Stellungnahme der Regierung im Herbst 2010 veröffentlicht. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 2. Juni 2010*

Internet-Lernprogramm zum Thema Gender Mainstreaming. Eine im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom Gender Zentrum der Universität Augsburg entwickelte E-Learning-Plattform bietet seit 1. Juni dieses Jahres die Möglichkeit, sich über Geschlechterfragen in der Lebens- und Arbeitswelt umfassend zu orientieren. Zum Start des „gender online tool“ wies Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer darauf hin, es sei wichtig, sich von tradierten Rollenbildern zu verabschieden, um den heutigen Lebensentwürfen gerecht zu werden. Anhand von Übungen und anschaulichen Beispielen vermittelt die in fünf Themenbereiche unterteilte Lernumgebung spezifische Kenntnisse, die nach bestandenen Multiple-Choice-Test mit einem Zertifikat belohnt werden. Das interdisziplinär ausgerichtete Angebot wendet sich an Führungskräfte in Hochschulen, Ministerien, Organisationen und privatwirtschaftlichen Unternehmen. Weitere Informationen stehen im Internet unter www.gza.uni-augsburg.de/de/aktuell/online_tool.html. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 31.5.2010*

► Soziales

Sanktionen im Bereich des Zweiten Sozialgesetzbuches. Im Jahr 2009 waren 126 946 der insgesamt 4 906 916 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (SGB II) von einer Leistungskürzung auf null Euro betroffen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor. Letztere hatte eine Übersicht der verhängten Sanktionen differenziert nach Altersgruppen und Sanktionsstufen erbeten. Für das Jahr 2007 beziffert das Ministerium für Arbeit und Soziales die Gesamtzahl der Hilfebedürftigen mit 5 098 218, unter denen 130 812 eine Leistungskürzung auf null Euro und

somit die höchstmögliche Strafe erfuhren. Im darauffolgenden Jahr war dieser Anteil bei einer Gesamtzahl von 4 798 063 Arbeitssuchenden und 131 443 entsprechend Sanktionierten um einen Prozentpunkt gewachsen. Als Gründe zur Verhängung von Sanktionen nennt die Regierung unter anderem Meldungsversäumnis, Verweigerung zumutbarer Arbeit und Pflichtverletzung. Im Widerspruchsverfahren seien im Jahr 2009 26 896 Sanktionsentscheidungen zurückgenommen worden, vor Gericht wurde im selben Jahr in 3 535 Fällen erfolgreich geklagt. *Quelle: hib - heute im bundestag Nr. 199 vom 15.5.2010*

Vergaberecht als Chance für Soziale Dienste. Hrsg. Angela Busse und Frank Ehmann. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. (DV). Berlin 2010, 84 S., EUR 11,80 *DZI-D-9152* Das Sozialrecht und die Finanzierungsformen von Sozialleistungen tarieren sich neu aus. Eine zentrale Frage ist die Anwendung des Vergaberechts auf die Erbringung sozialer Dienstleistungen durch freie und gewerbliche Träger. Sowohl auf dogmatischer als auch auf strategischer Ebene war seitens der Fürsprecher und Fürsprecherinnen des Sozialrechts eine starke Ablehnung hinsichtlich des Einzugs des Vergaberechts in die Erbringung sozialer Dienstleistungen zu verzeichnen. Der Gesetzgeber hingegen hat in einigen Sozialleistungsbereichen vollendete Tatsachen geschaffen und angeordnet, dass soziale Leistungen nach dem Vergaberecht realisiert werden. In diesem Sinne gehen die Beiträge dieser Tagungsdokumentation der Frage nach, ob das Vergaberecht, wenn es richtig verstanden und sinnvoll angewendet wird, derzeit schon eine Chance für die Realisierung von sozialen Leistungen bietet. Insbesondere unter dem Aspekt der Integration kleinerer Leistungsanbieter, einer größeren Chancengleichheit und der Transparenz von Verfahren erscheint das Instrument Vergaberecht durchaus eine Alternative zum althergebrachten Leistungserbringerrecht zu sein. Darüber hinaus wird der Frage nachgegangen, welche Anpassungen im Vergaberecht vorgenommen werden müssten, damit im Bereich sozialer Dienstleistungen eine sachgerechte Leistungserbringung erfolgen könnte. Bestellanschrift: Eigenverlag des DV, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit plädiert für Armutsbekämpfungskonzept. Angesichts der krisenbedingten Kürzungen im sozialen Bereich verabschiedete die Bundesmitgliederversammlung des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit (DBSH) am 24. April dieses Jahres die „Saarbrücker Erklärung“ mit einer Reihe von Ideen zur Förderung von Verteilungsgerechtigkeit und gesellschaftlicher Partizipation. Wünschenswert seien unter anderem die Schaffung von mehr Chancengleichheit im Schulsystem, verstärkte Investitionen in die Jugendarbeit, ein Qualifikationsschutz bei der Arbeitsvermittlung, die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne und die Reaktivierung des sozialen Wohnungsbaus. Für die Umsetzung entsprechender Reformen erwartet der DBSH von der Politik ein dezidiertes „Armutsbekämpfungskonzept“ für die Bereiche Bildung, Erziehung, Erwerbsarbeit, Wohnen, Gesundheit und Pflege. Darüber hinaus bedürfe es festgesetzter Standards für soziale Dienstleistungen, um deren Quantität und Qualität ausreichend zu sichern. *Quelle: Mitteilung des DBSH vom 23.6.2010*

Siebter Wettbewerb Sozialkampagne. Die Bank für Sozialwirtschaft in Köln schreibt dieses Jahr zum siebten Mal ihren bundesweiten Wettbewerb Sozialkampagne aus, um effektive Werbekampagnen zu sozialen Themen zu würdigen. Teilnahmeberechtigt sind Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens sowie deren Agenturen, die seit dem Jahr 2008 eine Werbekampagne zu einer sozialen Fragestellung realisiert haben. Die Bewertung erfolgt nach Kriterien wie Innovationskraft, Aufmerksamkeitsstärke, Zielsetzung, Umsetzung und Spendenakquisition, wobei auch die Frage nach honorarfreien Leistungen berücksichtigt wird. Auf die Gewinnerinnen und Gewinner warten drei Preise im Wert von insgesamt 18 000 Euro. Weitere Informationen und ein Anmeldeformular stehen bis zum Einsendeschluss am 31.10.2010 unter www.sozialbank.de zum Download bereit. *Quelle: Presseinformation der Bank für Sozialwirtschaft vom 2. 6. 2010*

Informationen zum Persönlichen Budget. Seit dem Jahr 2008 besteht für Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung die Möglichkeit, Unterstützungsleistungen im Rahmen des Persönlichen Budgets selbst zu wählen und zu bezahlen. Um Betroffenen die Wahrnehmung dieses bisher nur wenig genutzten Angebots zu erleichtern, gibt das Deutsche Rote Kreuz (DRK) nun kostenlose Broschüren heraus, die das Verfahren in gut verständlicher Sprache ohne Fachausdrücke erläutern. Bestellungen an Juliane Hübsch, Tel. 03 45/500 85 84, E-Mail: juliane.huebsch@sachsen-anhalt.drk.de. *Quelle: Menschen 3.2010*

► **Gesundheit**
Modellprojekt zur Ausweitung von Hebammenbesuchen. Am 1. Juni dieses Jahres starteten die Familienministerien von Rheinland-Pfalz und Bayern in Zusammenarbeit mit der AOK ein Modellprojekt zur Verlängerung der Hebammenbetreuung. Bisher übernehmen die Krankenkassen die Kosten für insgesamt 26 Hausbesuche, die jedoch alle in den ersten beiden Monaten nach der Geburt des Kindes stattfinden müssen – ein Angebot, das durchschnittlich nur von der Hälfte der Berechtigten in Anspruch genommen wird. In dem von den Universitäten in Marburg und Osnabrück wissenschaftlich begleiteten Projekt wird der Zeitrahmen für die Besuche auf sechs Monate ausgedehnt, um zu überprüfen, wie sich dies auf die Gesundheit der Säuglinge und deren Mütter auswirkt. Eine wissenschaftliche Evaluierung soll ferner erkunden, wie die Hebammen zusätzlich zu den üblichen Diensten vermehrt auch familienbezogene Beratungshilfen und Unterstützung bei Alltagsproblemen leisten können. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 28.5.2010*

Reha-Tag 2010. Der für den 25.9.2010 geplante 7. Deutsche Reha-Tag bündelt unter dem aktuellen Motto „REchtzeitig HANdeln – Reha schafft Perspektiven“ landesweite Veranstaltungen zum Thema Rehabilitation. Im Mittelpunkt des diesjährigen Programms stehen mögliche Handlungsfelder hinsichtlich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sowie Prämissen in Bezug auf das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung,

die Sicherung des Gesundheits- und Sozialsystems und den drohenden Mangel an Fachkräften. Insgesamt 23 Institutionen wirken an der Organisation mit und wenden sich in einem parlamentarischen Gespräch an die Bundespolitik. Kliniken und Einrichtungen der Rehabilitation sowie anderweitige Initiativen zur Sicherung von Gesundheit und Partizipation können kostenlos am Reha-Tag teilnehmen. Anmeldungen unter www.rehatag.de (Link „Anmeldung und Service“). *Quelle: Mitteilung des Organisationsbüros zum Reha-Tag vom 10.5.2010*

Memorandum der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie zur Anwendung von Antipsychotika. Hrsg. Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. Selbstverlag. Köln 2010, 26 S., kostenlos *DZI-D-9146* Als Ergebnis einer über zweijährigen kritischen Auseinandersetzung mit Fragen der Anwendung von Antipsychotika hat die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) dieses Memorandum herausgegeben. Thematisiert werden unter anderem die Vergabe von Psychopharmaka an verschiedene Zielgruppen, der Einfluss der Pharmaindustrie auf die Forschung, der Gebrauch von Neuroleptika bei Psychosen und die Implementierung psychotherapeutischer Methoden in der Schizophreniebehandlung. Um die Situation der Betroffenen zu verbessern, unterbreitet die DGSP Vorschläge zur Finanzierung der Versorgung, zu einer besseren Qualifizierung der Fachkräfte und zur Änderung der strukturellen Rahmenbedingungen für die klinische Intervention. Bestellanschrift: DGSP, Zeltlager Straße 9, 50969 Köln, Tel.: 0221/51 10 02, E-Mail: dgsp@netcologne.de

Gesundheitsförderung verzeichnet Erfolge. Laut einer Umfrage der „Initiative Gesundheit und Arbeit“ (iga) sind über 80 % der Betriebe, die ein betriebliches Gesundheitsmanagement einsetzen, mit dessen präventiver Wirkung zufrieden. Die AOK wird daher vor allem kleineren und mittleren Unternehmen mit bis zu 200 Beschäftigten verstärkt Angebote unterbreiten, die darauf abzielen, die Arbeitsbedingungen und das Verhalten der Mitarbeiterschaft im Hinblick auf gesundheitliche Erwägungen positiv zu beeinflussen. *Quelle: praxis aktuell 2.1010*

Welche Perspektiven sehen Studierende der Medizin? Mit einer Befragung an allen medizinischen Fakultäten möchte die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) herausfinden, warum so viele Studierende den begonnenen Bildungsweg vorzeitig beenden oder ihren erlernten Beruf später nicht ausüben. Laut der KBV liegt die Abbruchquote bei etwa 18 %, weitere 12 % melden sich nicht bei den Ärztekammern an und 10 % lassen sich zwar registrieren, sind aber in Bereichen außerhalb der Patientenversorgung tätig, wie zum Beispiel bei Pharmaunternehmen oder im medizinischen Dienst der Krankenkassen. Die von der KBV und der Universität Trier konzipierte Studie soll auch Aufschluss darüber geben, was sich in der Praxis ändern müsste, um die beobachtete Abwanderung zu verringern. *Quelle: G+G 6.2010*

► **Jugend und Familie**
Modellprojekt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg leben derzeit rund 1,6

Mio. Alleinerziehende in Deutschland, von denen mehr als 40 % auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Um die berufliche Integration der Angehörigen dieser vorwiegend weiblichen Bevölkerungsgruppe zu verbessern, startete das Bundesfamilienministerium vor etwas über einem Jahr das Modellprojekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende“, in dessen Rahmen bis März 2010 an zwölf Pilotstandorten die Angebote der Arbeitsagenturen und Grundsicherungsbehörden mit lokalen Netzwerken koordiniert wurden. Die mitwirkenden Fachkräfte entwickelten Wegweiser, Bedarfserhebungen und eigens auf die Situation von Alleinerziehenden abgestimmte Angebote und Anlaufstellen. Erste Erkenntnisse werden in Kürze in einem Online-Handbuch veröffentlicht. Zur Unterstützung von Familien im Allgemeinen stehen im Internet Informationen unter www.familien-wegweiser.de. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 28.6.2010*

Kampagne gegen Armut von Kindern. Laut Informationen des Deutschen Kinderschutzbundes leben in Deutschland mit rund 2,5 Mio. beinahe ein Fünftel der etwa 14 Mio. Kinder auf Sozialhilfeniveau. Um auf damit verbundene Prozesse der Exklusion aufmerksam zu machen, startet der Kinderschutzbund am 20. September dieses Jahres die Kampagne „Kinderarmut – Gemeinsam Barrieren überwinden“ als Appell an die gesellschaftliche und politische Öffentlichkeit. Rote Absperrbänder mit der Aufschrift „Kinderarmut“ vor Einrichtungen wie Musikschulen oder Sportvereinen sollen verdeutlichen, wo die Partizipation einkommensschwacher Kinder Grenzen erfährt. Vor dem Hintergrund des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung möchte der Kinderschutzbund dazu beitragen, Barrieren in Bereichen wie Bildung und Gesundheit zu überwinden. Weitere Informationen unter www.dksb.de. *Quelle: Menschen 3.2010*

Schule und Bürgerengagement – Bildung gemeinsam gestalten. Hrsg. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern. Selbstverlag. Berlin und Nürnberg 2009, 127 S., kostenlos *DZI-D-9020*
Um das bürgerschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen zu fördern, kann auch die Schule durch die Bereitstellung geeigneter Angebote einen wichtigen Beitrag leisten. Wie solche Initiativen und die entsprechenden Kooperationen mit sozialen Einrichtungen gestaltet werden können, war Thema der hier dokumentierten Tagung im Oktober 2008 in der Akademie Dillingen. Fachleute aus Wissenschaft, Politik und Praxis erläuterten Möglichkeiten des Zusammenwirkens, die anhand konkreter Projekte, Institutionen und Mittlerorganisationen beispielhaft beschrieben wurden. Darüber hinaus boten Arbeitsgruppen ein Forum für den Erfahrungsaustausch und die Gegenüberstellung unterschiedlicher Perspektiven. Bestellanschrift: Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern, Gostenhofer Hauptstraße 63, 90443 Nürnberg, E-Mail: lbe@iska-nuernberg.de

► Ausbildung und Beruf

Studiengang Sozialpädagogik in Aus-, Fort- und Weiterbildung. Bereits zum vierten Mal startet im Wintersemester 2010/2011 der Master-Studiengang „Sozial-

pädagogik in Aus-, Fort- und Weiterbildung“ der Universität Kassel. Der viersemestrige Studiengang qualifiziert für das Arbeitsfeld der (berufs-)schulischen Ausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung im Bereich der Sozialen Arbeit. Der Studiengang wendet sich an sozialpädagogische Fachkräfte, die über einen mindestens sechssemestrigen Hochschulabschluss (BA/Diplom) in Sozialer Arbeit, Sozialpädagogik/-arbeit oder einen fachlich gleichwertigen Abschluss verfügen und darüber hinaus mindestens drei Monate berufspraktische Erfahrung in einem Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe sowie Erfahrung in der Vermittlung sozialpädagogischer Inhalte nachweisen können. Die Immatrikulation zum kommenden Wintersemester ist noch bis zum 1. September 2010 möglich. Hinweise sind unter <http://cms.uni-kassel.de/unicms/index.php?id=7423> zu finden. *Quelle: Pressemitteilung der Universität Kassel vom 17.6.2010*

Europäischer Masterstudiengang zur Führungsverantwortung in der Diakonie. Ein weiteres Angebot des diakoniewissenschaftlichen Instituts der Universität Heidelberg ist der auf vier Semester angelegte Europäische Masterstudiengang „Diakonie – Führungsverantwortung in christlich-sozialer Praxis“, in dem ein Semester an einer der europäischen Partnerhochschulen in Oslo, Tallinn, Järvenpää, Uppsala oder Prag belegt werden muss. Der Unterricht umfasst Bereiche wie Professionsethik, wissenschaftliche Projektentwicklung, Seelsorge, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising und Case Management. Bewerbungen werden noch bis zum 15. September 2010 entgegengenommen (siehe auch www.dwi.uni-heidelberg.de). *Quelle: Pressemitteilung der Universität Heidelberg vom 17.6.2010*

Bericht „Bildung in Deutschland 2010“. Im Abstand von zwei Jahren informiert der unter Federführung des Deutschen Instituts für pädagogische Forschung (DIPF) erstellte Bildungsbericht über aktuelle Entwicklungen im Bildungswesen. Den Schwerpunkt der aktuellen Studie bilden die Auswirkungen des demographischen Wandels. Dieser habe einen Rückgang der Gesamtnachfrage nach Bildungsleistungen bewirkt, wodurch finanzielle Ressourcen freigesetzt würden, um die Qualität von Angeboten für bisher benachteiligte Menschen zu verbessern. Zugleich bedürfe es neuer Anstrengungen im Bereich der arbeitsmarktbezogenen Weiterbildung. Insgesamt sei das Bildungsniveau angestiegen. So habe sich der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Hochschulzugangsberechtigung weiter erhöht, während der Anteil derjenigen, die keinen Hauptschulabschluss erreichten, rückläufig sei. Die Quote der Studienanfängerinnen und -anfänger befinde sich mit 43 % auf einem neuen Höchststand. Für die Zukunft sei es wichtig, soziale Schiefen auszugleichen und die Bildungsmöglichkeiten für die ältere Bevölkerung zu erweitern. *Quelle: Pressemitteilung des DIPF vom 17.6.2010*

Qualifizierung junger Menschen für den Pflegebereich. Um dem demographisch bedingt zu erwartenden Fachkräftemangel im Gesundheits- und Pflegesektor entgegenzuwirken, findet seit September 2009 das vom Europäischen Sozialfonds und der Caritas finanzierte Pilotprojekt CariVia zur Qualifizierung benachteiligter junger Menschen für die Gesundheits- und Personalwirt-

schaft statt. Zielgruppe der 18-monatigen Initiative sind benachteiligte Jugendliche sowie Migrantinnen und Migranten, die mangels eines Ausbildungsplatzes einen niedrighschwelligsten Einstieg mit beruflicher Perspektive suchen. Diese werden bundesweit an sechs Standorten, wie unter anderem Aachen, Konstanz und Ulm, dafür geschult, pflegerische, hauswirtschaftliche und administrative Aufgaben sowie Begleitdienste für Menschen mit psychischen oder physischen Beeinträchtigungen wahrzunehmen. Parallel dazu erfolgt eine projektbezogene Fortbildung der Fachkräfte in den Pflegeeinrichtungen. Weitere Informationen stehen im Internet unter www.invia-deutschland.de. *Quelle: Presseinformation der IN VIA Deutschland e.V. vom 10.5.2010*

Freiwilligendienst in Chile. Deutschlands älteste Austauschorganisation „Experiment e.V.“ bietet derzeit verschiedene Teilstipendien für den Freiwilligendienst, beispielsweise in einem Projekt für den Wiederaufbau nach dem Erdbeben in Chile. Organisiert wird die Initiative von Experiment e.V. und den lokalen Partnern. Nach einer Einführung in das Programm und einem Spanisch-Intensivkurs beginnt ein 10-wöchiger Freiwilligendienst im Norden oder Süden des Landes. Die Teilnehmenden werden in Gastfamilien untergebracht und von Ansprechpersonen vor Ort betreut. Insgesamt bietet die Bundesgeschäftsstelle in Bonn Programme in 22 Ländern an, darunter Nepal, Nigeria, Russland und die USA. Im Internet finden sich weitere Informationen unter www.experiment-ev.de. Rückfragen an die Rufnummer 0228/957 22 17 oder die E-Mail-Adresse freiwilligendienst@experiment-ev.de. *Quelle: Pressemitteilung der Experiment e.V. vom 29.4.2010*

Berufsorientierung für Jugendliche. Für Schülerinnen und Schüler, die sich über die Bandbreite der sozialen Berufe informieren möchten, haben die Agentur für Arbeit und der Caritasverband Konstanz im September 2008 das Projekt „JobSozial“ ins Leben gerufen. Fachkräfte aus verschiedenen sozialen Bereichen erzählen im Unterricht von ihrem Berufsalltag und beantworten Fragen zu den jeweiligen Tätigkeitsgebieten, womit durch die Schaffung eines realistischen Berufsbildes Fehlentscheidungen bei der Berufswahl vermieden werden sollen. Darüber hinaus findet zweimal wöchentlich eine offene Beratung statt, um die Jugendlichen bei ihrer Berufswahl und der Suche nach Ausbildungsmöglichkeiten zu unterstützen. Das Projekt möchte gezielt auch junge Männer für die bisherige Frauendomäne interessieren. Nähere Informationen unter www.cvkonstanz.caritas.de/66685.html. *Quelle: caritas-mitteilungen für die Erzdiözese Freiburg 2.2010*

15.-17.9.2010 Berlin. Hoffnung Alter. 2. Gemeinsamer Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie und der Schweizerischen Gesellschaft für Gerontologie sowie 10. Kongress der DGGG. Information: Aey Congresse GmbH, Seumestraße 8, 10245 Berlin, Tel.: 030/290 06 59-4, E-Mail: dggg2010@aey-congresse.de

18.-20.9.2010 Nürnberg. Applied Biographical Research – Anwendungsbezüge der Biographieforschung. Gemeinsame Konferenz der European Sociological Association, der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der Georg-Simon-Ohm-Hochschule. Information: Fakultät Sozialwissenschaften an der Georg-Simon-Ohm-Hochschule, Bahnhofstraße 87, 90402 Nürnberg, Tel.: 09 11/58 80-0, E-Mail: gerhard.riemann@ohm-hochschule.de

27.-28.9.2010 Nürnberg. Fachforum Online-Beratung. Information: Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg, Keßlerplatz 12, 90489 Nürnberg, Tel.: 09 11/58 80-0, E-Mail: sw-onlineberatung@ohm-hochschule.de

30.9.2010 Berlin. Fachtagung: Zivilgesellschaft stärken. Vorstellung und Diskussion des Modellprojekts zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus im ländlichen Raum. Information: Modellprojekt „Zivilgesellschaft stärken“, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/6 29 80-114, E-Mail: susanne.beyer@b-b-e.de

4.-8.10.2010 Dornach/Schweiz. Internationale Tagung für Heilpädagogik und Sozialtherapie. Information: Konferenz für Heilpädagogik und Sozialtherapie, Ruchti-Weg 9, CH-4143 Dornach, Tel.: 00 41/61/701 84 85, E-Mail: khs@khsdornach.org

7.-9.10.2010 Dortmund. Internationaler Kongress: Musik, Kulturarbeit und Menschen mit Behinderung. Information: TU Dortmund/Zentrum für Weiterbildung, Emil-Figge-Straße 50, 44227 Dortmund, Tel.: 02 31/755-65 07/-21 64, E-Mail: zfw@post.tu-dortmund.de

7.-9.10.2010 Braunschweig. Gemeinschaft leben: 6. Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft. Information: Deutsche Alzheimer Gesellschaft, Friedrichstraße 236, 10969 Berlin, Tel.: 030/259 37 95-0, E-Mail: info@deutsche-alzheimer.de

14.-15.10.2010 Bad Boll. Tagung: Menschenrechte auf Teilhabe. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Information: Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 071 64/79-0, Internet: www.ev-akademie-boll.de